

NACHRICHTEN

Terrorismusbekämpfung weiter intensivieren

SANTANDER: Spanien und Frankreich wollen beim Kampf gegen den Terrorismus künftig noch intensiver zusammenarbeiten. Darauf verständigten sich Regierungschef José Maria Aznar und Staatspräsident Jacques Chirac beim 13. spanisch-französischen Gipfeltreffen am Dienstag in Santander in Nordspanien. Aznar sprach von einer «neuen Etappe», in der sämtliche Mittel von Polizei und Justiz im Kampf gegen die baskische Untergrundorganisation ETA ausgeschöpft werden sollen. Chirac und der französische Regierungschef Lionel Jospin sagten Madrid ihre «volle Unterstützung» bei der Bekämpfung der ETA zu, auf deren Konto bereits vier Morde in diesem Jahr gehen. Bei den eintägigen Beratungen ging es aber nicht nur um die ETA, sondern auch um den Kampf gegen den Terror in der Bretagne oder auf Korsika. Bretonische Terroristen hatten der ETA im vergangenen Jahr geholfen, in Frankreich mehrere Tonnen Dynamit zu stehlen, die später bei Attentaten in Spanien zum Einsatz kamen. Im Zentrum des Treffens standen zudem Themen der Europäischen Union. Nach Ansicht von Chirac haben die EU-Institutionen ihre Kapazitätsgrenze erreicht. Mit Blick auf die Erweiterung der Union seien daher tief greifende Reformen notwendig. Darin seien sich die Regierungen in Paris und Madrid einig.

Signal gegen Extremismus setzen

BERLIN: Die deutsche Regierung hat am Dienstag unter dem Titel «Bündnis für Demokratie und Toleranz – Gegen Extremismus und Gewalt» eine Initiative gegen Rassismus, Gewalt und Ausländerfeindlichkeit ins Leben gerufen. Mit dem Bündnis solle ein Signal gesetzt werden gegen Ausländerfeindlichkeit, sagte der deutsche Innenminister Otto Schilly (SPD) bei der Gründungsveranstaltung in der Berliner Staatsoper. Gegründet wurde das Bündnis bewusst am 51. Jahrestag der Verkündung des Grundgesetzes. An dem Festakt nahmen mehr als 350 Gäste aus Kultur, Medien, Wirtschaft, Politik und Sport teil. Unter ihnen waren Tennisstar Boris Becker, Michel Friedman vom Zentralrat der Juden in Deutschland und die frühere Bundestags-Präsidentin Rita Süßmuth (CDU).

Schiesserei in der Pufferzone



BELGRAD: In der Pufferzone zwischen Serbien und dem Kosovo im Südwesten Serbiens ist es zu einer Schiesserei gekommen. Bewaffnete Albaner hätten am Dienstag den serbischen Polizeiposten nahe Konculj beschossen, meldete die Nachrichtenagentur Beta. Nach der Schiesserei war der Übergang zum Kosovo mehrere Stunden gesperrt. Die Polizei durchsuchte alle Fahrzeuge. Weitere Details wurden bis zum Abend nicht bekannt. In der Region um Bujanovac hat es in den vergangenen Monaten mehrmals Übergriffe bewaffneter Mitglieder einer albanischen Befreiungsarmee von Preshevo, Bujanovac und Medvedja (UÇPBM) gegeben, die diesen Teil Serbiens ans Kosovo anschliessen möchte.

Einigung auf strikten Sparkurs

DÜSSELDORF: Bei den Koalitionsverhandlungen in Nordrhein-Westfalen haben sich SPD und Grüne auf einen strikten Sparkurs geeinigt. Die Kreditaufnahme solle bis zum Jahr 2005 auf unter fünf Milliarden Mark gesenkt werden, sagte Ministerpräsident Wolfgang Clement (SPD) nach der zweiten Verhandlungsrunde. Der Anstieg der Ausgaben solle mittelfristig deutlich unter die Zuwachsraten der Steuereinnahmen sinken. Vor allem die Personalkosten müssten in den kommenden fünf Jahren gesenkt werden. Dazu solle der Personalabbau beschleunigt werden. Lehrer und andere Landesbedienstete, die nicht zum engeren Hoheitsbereich gehörten, sollten künftig nur noch als Angestellte und nicht mehr als Beamte eingestellt werden.

Überraschendes Treffen

Geiseldrama auf den Philippinen: Gespräch zwischen Vermittler und Kidnapern

MANILA/JOLO: Im Geiseldrama auf den Südphilippinen ist am Dienstag wieder Hoffnung aufgekommen. Überraschend trafen ein Unterhändler und die Kidnapern zusammen.



Der Rebellenchef Abu Sayyaf (Mitte) lies sich mit dem Deutschen Werner (links) und Renate Wallert fotografieren.

Der Gouverneur der Provinz Sulu, Abdusakur Tan, traf sich mit mehreren Kommandanten der Abu Sayyaf-Guerilla im Rathaus der Stadt Patikul auf der Insel Jolo. Bereits an diesem Mittwoch sollte es zu neuen Gesprächen kommen, sagte Tan. Die Rebellen stellten vor allem politische Forderungen. Über Geld sei nicht gesprochen worden, betonte der Gouverneur. «Es war ein sehr gutes Treffen», sagte Tan.

Zuvor hatte er sich zuversichtlich gezeigt, dass die Krise in «zwei oder drei Tagen» vorüber sein könne, wenn erst einmal Vertrauen zu den Kidnapern hergestellt sei. Einer der Rebellen sagte: «Wenn es eine Übereinkunft gibt, wird es sofort zu einer Freilassung kommen.»

Während der Gouverneur von etwa 100 Sicherheitskräften eskortiert wurde, trafen die Abu Sayyaf-Kommandanten Mujib Susukan und Ghalib Andang alias «Commander Robot» in Begleitung von

50 schwer bewaffneten Guerillas ein. Am Vortag waren Verhandlungen zwischen den Entführern der militanten Moslemgruppe Abu Sayyaf und Aventura geplatzt, nachdem starke Militärpräsenz die Kidnapper offenbar abgeschreckt

hatte. Rund 500 bewaffnete Sicherheitskräfte hatten einen Ring um eine Dorfschule gebildet, wo sich Geiselnahmer und Unterhändler treffen sollten.

Seit vier Wochen hält Abu Sayyaf eine Gruppe von 21 Geiseln, darunter

mehrere westliche Touristen, auf der Insel Jolo gefangen. Die Geiseln waren am Ostersonntag von der malaysischen Insel Sipadan auf die 960 Kilometer südlich der philippinischen Hauptstadt Manila gelegene Insel Jolo verschleppt worden.

Vermittlungen laufen weiter

Krieg am Horn von Afrika: Neue Offensive gegen Eritrea

ADDIS ABEBA: Äthiopien hat gestern eine neue Offensive gegen Eritrea begonnen. Gleichzeitig liefen die Bemühungen, zwischen den beiden Kriegsparteien zu vermitteln, auf Hochtouren.

In der Umgebung der Stadt Zalambessa seien schwere Kämpfe entbrannt, erklärte eine äthiopische Regierungssprecherin in Addis Abeba. Bis zu 200 000 Soldaten sollen an den Frontabschnitt Zalambessa-Egala abkommandiert worden sein. Die eritreische Regierung bestätigte die neuen Kämpfe.

Daneben kam es auch zu Kampfhandlungen im Süden. Dort liegt die wichtige Hafenstadt Assab, über die vor dem Krieg fast der gesamte Aus-

senhandel Äthopiens abgewickelt wurde. Eritreas Regierung hat gestern Berichte dementiert, wonach sie zu Friedensgesprächen «ohne Vorbedingungen» mit Äthiopien bereit sei. Vor der Wiederaufnahme von Gesprächen müsse es eine Waffenruhe geben, sagte Präsidentensprecher Yemane Ghebremeskel.

Eritrea mache für Friedensgespräche mit Äthiopien eine Waffenruhe sowie die Unterzeichnung eines Rahmenabkommens der Organisation der Afrikanischen Einheit (OAU) zur Voraussetzung, sagte Ghebremeskel weiter. Damit widersprach er dem Vermittler der Europäischen Union (EU), Rino Serri. Dieser hatte erklärt, Eritrea sei zu Gesprächen ohne Vorbedingung bereit.

Äthopiens Regierungschef Meles Zenawi lehnte seinerseits bei Vermittlungsbemühungen der Organisation der Afrikanischen Einheit (OAU) ein Ende der Angriffe gegen das Nachbarland strikt ab. «Die Erfahrung zeigt, dass Eritrea nur mit Gewalt überzeugt werden kann», sagte Zenawi.

Das Welternährungsprogramm (WFP) nahm Hilfslieferungen für die Notleidende Bevölkerung auf. In Asmara trafen mehrere Flugzeuge der UNO-Hilfsorganisationen mit Medikamenten, Lebensmitteln und Milchpulver ein. Wie das Welternährungsprogramm (WFP) berichtete, können die Helfer aber wegen der andauernden Kämpfe nicht alle Vertriebenen im Land erreichen.

EU-Beitritt für Ukraine?

BRÜSSEL: Die portugiesische EU-Ratspräsidentschaft hat der Ukraine entgegen der bisherigen EU-Position Hoffnungen auf einen EU-Beitritt auf lange Sicht gemacht. Falls Kiew die Wirtschaft reformiere und das seit 1998 bestehende Partnerschafts- und Kooperationsabkommen mit der Europäischen Union erfülle, sei ein Assoziationsabkommen nicht mehr ausgeschlossen, sagte der portugiesische Außenminister und amtierende Ratspräsident Jaime Gama. Dem könne eine zunehmende Integration in Strukturen der EU und der NATO folgen, sagte Gama. Der nächste Schritt zu einer engeren Bindung zwischen der EU und der Ukraine wäre zunächst ein Freihandelsabkommen.

Mehr Sorgen als Erleichterung

Israelischer Abzug aus Südlibanon: SLA Miliz ohne Gegenwehr auseinandergebrochen

TEL AVIV: Der hastige Rückzug der israelischen Truppen aus Südlibanon hat in Israel mehr Sorgen als Erleichterung ausgelöst. Niemand hatte damit gerechnet, dass die mit Israel verbündete SLA-Miliz innerhalb weniger Stunden ohne Gegenwehr auseinander brechen würde.

chaotischen Entwicklung in Südlibanon ruhig: «Wir haben eine 18 Jahre dauernde Tragödie beendet», sagte er im Radio. Es sei «Pflicht des Staates, den Teufelskreis des Blutvergiessens» zu durchbrechen, in dem mehr als 1000 Israelis ihr Leben verloren haben.

Barak stand angesichts der wach-

senden Unsicherheit im Norden unter Zugzwang. Er wollte «bis Anfang Juli» seine Truppen aus Südlibanon abziehen; ein Versprechen, das auf die Zustimmung von zwei Dritteln der Bevölkerung stösst.

Doch die Umstände des einseitigen Abzugs konnten kaum widriger sein: Die Hisbollah verstärkte in

den vergangenen Wochen massiv ihre Angriffe auf israelische und SLA-Truppen. In der Aussichtslosigkeit ihrer Lage desertierten immer mehr Milizionäre in der Hoffnung, wenigstens ihr Leben zu retten.

Nicht vorbereitet

UNIFIL, die Beobachtertruppe der Vereinten Nationen, war auf den «Ernstfall» offensichtlich nicht vorbereitet und musste zusehen, wie die Hisbollah innerhalb weniger Stunden das entstandene militärische Vakuum füllte. Und Israels neuer elektronischer Grenzzaun, der den Norden vor Guerilla-Aktionen schützen sollte, wird eben erst gebaut.

Zwar drohten Barak und sein Generalstabschef Schaul Mofas am Dienstag Libanon und Syrien mit schwerer Vergeltung, falls israelische Soldaten oder gar Zivilisten angegriffen würden, doch schon kündigte Hisbollah weitere Attacken auf Israel an, da die Regierung in Jerusalem nicht bereit ist, ein von Libanon beanspruchtes kleines Stück Land im Grenzgebiet am Golan abzugeben.

Christian Fürst

Die Bilder fliehender Milizionäre und triumphierender nachrückender Hisbollah-Guerillas schockierten und überlagerten die Bilder der heimkehrenden Soldaten, die der «Sicherheitszone» jubelnd und winkend den Rücken kehrten.

Israels Massenblätter sparten angesichts des vorgezogenen Truppenabzugs nicht mit Hohn und Spott. «Tag der Demütigung» titelte das Massenblatt «Jedioth Achronoth» am Dienstag, und der renommierte Kommentator Nachum Barnea schrieb: «Hisbollah hat Israel mit herabgelassenen Hosen erwischt.»

«Tragödie beendet»

Doch Ministerpräsident Ehud Barak blieb ungeachtet der zum Teil



Ein israelisches Kontrollfahrzeug überwacht die Strassen. (Bild: Keystone)